



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Illegalen Müllentsorgungen vorbeugen und diese konsequent ahnden

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/4122**

Der Landtag wolle beschließen:

Illegale Entsorgungen verfolgen - Müllaufkommen verringern

Die Landesregierung wird gebeten,

1. unter Beteiligung der Landkreise und kreisfreien Städte/öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger und der Kommunalen Spitzenverbände zu prüfen, ob die Veröffentlichung der erfassten Fälle der verbotswidrig abgelagerten Abfälle im Wald oder der freien Landschaft, die Art und Menge dieser Abfälle sowie, den hierdurch entstandenen Entsorgungskosten entweder auf der entsprechenden Internetseite der Landkreise und kreisfreien Städte möglich ist oder auch eine Aufnahme in die vom öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger gem. § 9 AbfG LSA jährlich zu erstellende Abfallbilanz in Betracht kommt,
2. über das Ergebnis der Prüfung im IV. Quartal 2019 im Ausschuss für Umwelt und Energie zu berichten,
3. die Umwandlung der Abfallwirtschaft in eine Kreislauf- und Ressourcenwirtschaft zu forcieren,
4. sich weiterhin in Zusammenarbeit mit den Abfallwirtschaftsbetrieben sowie den unterschiedlichen politischen Ebenen für einfache, flächendeckende und kostengünstige Rückgabemöglichkeiten einzusetzen,
5. die Öffentlichkeitsarbeit zur Aufklärung und Prävention fortzusetzen und zu intensivieren.

Begründung

Illegale Abfallablagerungen stellen nicht nur eine Gefährdung der Umwelt dar. Sie belasten auch die Gebührenzahler, da sie - soweit der Verursacher nicht ermittelt werden kann - als Kostenfaktor in die Gebührenberechnung einfließen können.

Ein Patentrezept für die Verhinderung von illegalen Abfallablagerungen gibt es nicht. Es würde hilfreich sein, wenn die Abfallberatung der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger durch regelmäßige Information der Bevölkerung über die (Kosten) Folgen ergänzt würde. Um den Verwaltungsaufwand einzugrenzen, könnte dabei auf die für die Gebührenberechnung ohnehin vorliegenden Angaben zurückgegriffen werden. Dies könnte zur Schärfung des Verantwortungsbewusstseins und der sozialen Kontrolle beitragen.

Des Weiteren würde eine Kreislauf- und Ressourcenwirtschaft das Müllaufkommen verringern und so illegale Entsorgungen reduzieren. Das weiterhin vorhandene Müllaufkommen muss niedrigschwellig entsorgt werden können, weshalb flächendeckende Rückgabemöglichkeiten notwendig sind.

Siegfried Borgwardt
Fraktionsvorsitzender CDU

Dr. Katja Pähle
Fraktionsvorsitzende SPD

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN